



Frankreichs Sommer werden unerbittlicher. Temperaturen von über 40 Grad Celsius, tagelange Hitzewellen, überhitzte Städte – die Klimakrise hat längst konkrete Auswirkungen auf das tägliche Leben der Bevölkerung. Doch während in den letzten Jahren vor allem symbolpolitische Debatten über Emissionsziele dominierten, wagt nun eine politische Kraft den Vorstoß ins Praktische: **La France insoumise (LFI)**. Die linksradikale Bewegung unter Jean-Luc Mélenchon hat jüngst Gesetzesinitiativen zur Regulierung von Hitzebelastung am Arbeitsplatz eingebracht. Ein Thema, das eigentlich zum Kerngeschäft der Grünen gehört – doch von ihnen bleibt bisher wenig zu hören.

Politischer Realismus statt utopischer Rhetorik

LFI verfolgt mit ihren Vorstößen einen pragmatischen Kurs. Statt sich allein auf langfristige Emissionsreduktionen zu konzentrieren, fokussiert sie auf Anpassungsstrategien, die sofort Wirkung entfalten. Dazu gehören verpflichtende Trinkwasser- und Ruhepausen für Beschäftigte in Bau, Landwirtschaft und Transportwesen bei extremer Hitze, sowie klare Vorgaben für Arbeitsunterbrechungen ab bestimmten Temperaturschwellen. Diese Initiativen zeigen einen Perspektivwechsel: Klimapolitik ist nicht länger nur Umweltpolitik, sondern auch Arbeits-, Sozial- und Gesundheitspolitik.

Der wachsende gesellschaftliche Druck

Frankreichs Politik reagiert damit auf ein gesellschaftliches Problembewusstsein, das sich in den letzten Hitzesommern dramatisch verschärft hat. Hitzeperioden führen zu deutlich erhöhter Sterblichkeit unter älteren und gesundheitlich vorbelasteten Menschen. Sie beeinträchtigen die Arbeitsfähigkeit ganzer Branchen, schwächen die wirtschaftliche Produktivität und belasten die Sozialversicherungen. Der LFI gelingt es, diese Fakten in politische Forderungen zu übersetzen – und sich als Kraft zu profilieren, die konkrete Lösungen vorlegt statt abstrakter Klimaversprechen.

Schweigen der Grünen – strategische Zurückhaltung oder politisches Vakuum?

Umso auffälliger ist das Schweigen der **Europe Écologie - Les Verts (EELV)**. Während LFI parlamentarische Impulse setzt, wirken die Grünen uninspiriert und defensiv. Dies erstaunt, da Hitzeschutz- und Klimaanpassungsstrategien seit jeher im Programm der europäischen Grünen verankert sind. Offenbar zögern sie, sich klar zu positionieren – vielleicht aus Angst, das Profil als moralische Emissionspartei mit klassischen sozialpolitischen Forderungen zu



verwässern. Doch gerade hier liegt die Chance, ökologisches und soziales Profil zu verbinden.

Vom Mahner zum Gestalter

Historisch verstanden sich grüne Parteien in Europa vor allem als moralische Instanz, die auf Klimawandel und ökologische Grenzen hinweist. Doch die Klimakrise ist längst Realität. Sie fordert politische Akteure, die nicht nur warnen, sondern gestalten. Anpassung an die Folgen von Hitze, Starkregen und Dürren wird zu einem ebenso entscheidenden Prüfstein für politische Glaubwürdigkeit wie der Kampf gegen CO₂. Während LFI diesen Paradigmenwechsel vorlebt, drohen die Grünen den Anschluss zu verlieren.

Anpassung als zweite Säule der Klimapolitik

Emissionsminderung bleibt zentral. Doch Hitzewellen, Waldbrände und Dürren der letzten Jahre zeigen, dass Prävention nicht genügt. Städte müssen entsiegelt, Arbeitsrechte an klimatische Belastungen angepasst, Infrastrukturen hitzefest gemacht werden. La France insoumise erkennt diese zweite Säule der Klimapolitik und integriert sie in eine soziale Agenda. Die Grünen dagegen wirken gefangen in ihrer traditionellen Rhetorik.

Frankreich erlebt derzeit eine politische Neuordnung seiner Klimadebatte. Während La France insoumise mit ihren Gesetzesinitiativen beweist, dass Klimaanpassung soziale Realität ist, bleiben die Grünen erstaunlich still. Sie riskieren, ihr Alleinstellungsmerkmal als ökologische Gestaltungspartei einzubüßen – in einer Zeit, in der konkrete Antworten auf lebensbedrohliche Hitzewellen gefragt sind. Die Klimakrise wartet nicht auf parteistrategische Erwägungen.

Autor: Andreas M. Brucker